

Aargau

Ein halbes Jahr rechtsbürgerliche Mehrheit im Grossen Rat

2025 ist es kälter geworden im Grossratssaal. Nicht etwa, weil permanent ein Fenster offen stünde, sondern im Gegenteil, weil die Fraktionen der FDP und SVP bei vielem und für viele Menschen immer mehr verriegeln.



Mia Jenni,
Co-Fraktionspräsidentin SP Aargau,
Obersiggenthal

Zu Beginn der Legislatur, noch vor der ersten Ratssitzung, führte ich im Radio ein Streitgespräch mit SVP-Fraktionspräsident Pascal Furer. Es war klar, dass sie die nächsten vier Jahre bestimmen werden, und ich erinnerte sie an ihre nun staatstragende Rolle.

FDP und SVP im Gleichschritt

Trotz Furers Bejahen muss nach einem halben Jahr festgehalten werden: Nichts und niemand ist der Ratsmehrheit aus SVP/FDP heilig. Dabei sind die beiden Parteien kaum mehr voneinander zu unterscheiden. Die meisten Entscheidungen fallen unisono und ohne Abweichungen innerhalb der beiden Fraktionen. Davon profitiert die SVP, die als Meinungsmacherin aus allen Entscheidungen

rausgeht, während die liberale Identität der FDP in rasendem Tempo zerfällt.

Es ist die Pflicht eines jeden Ratsmitglieds, sich für das Wohlergehen des Kantons und dessen Bevölkerung einzusetzen. Davon spüren wir seitens der FDP/SVP-Mehrheit nichts. Stattdessen bauen sie Zugeständnisse und Steuergeschenke an die Reichsten aus und treten nach unten. So bestimmten sie etwa, dass Menschen im Aargauer Asylsystem künftig ihre 10 Franken pro Tag nur noch via Bezahlkarten erhalten sollen. Das kostet den Kanton eine halbe Million und macht allen Betroffenen das Leben noch schwerer. Mit dem Entscheid, dass der Aargau sich für stärkere Grenzkontrollen einsetzen soll, schlagen beide Parteien in die gleiche Kerbe und entlarven zugleich ihre Unehrllichkeit: Auf nationaler Ebene stimmten sie für den Stellenabbau beim Grenzkorps. Ein weiteres Fiasko steht aufgrund des Entscheids der erzwungenen Wiedereinführung von Kleinklassen bevor. Wer diese zusätzlichen Stellen besetzt und wie dafür der Raum zur Verfügung gestellt werden soll, sind dabei noch die einfachsten Fragen. Aber Hauptsache, FDP/SVP können ihre Politik der Separierung auf Kosten der Steuerzahlenden vorantreiben.

Zugenommen haben auch die Standesinitiativen der SVP/FDP. Sei es, dass sich die Aargauer Regierung nun für den Neubau von AKWs einsetzen muss oder dass sie den Autobahnausbau auf nationaler Ebene vorantreiben soll. Lauter politische Themen, die eigentlich von Vertreter:innen des nationalen Parlaments bearbeitet werden. Das zeigt uns zweierlei: Erstens, dass einige Vertreter:innen dieser Parteien wohl lieber in Bern sitzen würden und für sich statt fürs Gemeinwohl politisieren. Und zweitens, dass der Populismus dieser Parteien von oben nach unten weitergegeben wird, ohne dass über die Sinnhaftigkeit einzelner Forderungen, auch mit Blick auf die Arbeit der Verwaltung und der Regierung, nachgedacht wird.

Zeit für Widerstand und Engagement

Es sind bittere Tage im Grossen Rat und es ist Zeit, dass Widerstand unsere Antwort ist. Die vergangenen Monate haben nämlich auch gezeigt, dass breite Kreise der Bevölkerung mit diesem Kurs alles andere als einverstanden sind. Nur äusserst knapp wurden am 18. Mai Steuergeschenke an die Reichsten angenommen, und mit fast 60 Prozent hat die Aargauer Bevölkerung 2024 dem Klimaparagrafen zugestimmt. Es sind also wir – die Bevölkerung, die SP-Mitglieder, ihr –, die als Korrektiv mit anpacken können und müssen. Weil es uns nicht egal sein darf, wenn ein Kanton in die rechte Sosse abrutscht, sondern unsere Pflicht ist, uns zu wehren.

Bildung

Durchlässigkeit muss sein!

Der Spätsommer brachte dem Grossen Rat mit dem neuen Schulgesetz eine emotionale Debatte über die integrative Schule. Wie lässt sich Chancengerechtigkeit umsetzen in einem Parlament, das mehrheitlich auf separativen Unterricht und Förderklassen setzt?



Alain Burger,
Co-Fraktionspräsident
SP Aargau, Wettingen

Das neue Schulgesetz enthält einige Verbesserungen: Die frühe Förderung vor dem Kindergarten wird gesetzlich verankert, ebenso der Sprach- und Kulturaustausch innerhalb der Schweiz. Kinder- und Jugendverbände erhalten Zugang zu Fördergeldern, und ein kantonales Bildungsmonitoring wird endlich eingeführt. Doch wichtige Chancen wurden verpasst: Keine kleineren Klassen, keine bessere Durchlässigkeit in der Oberstufe, keine Fortschritte bei der Chancengerechtigkeit. Gleichzeitig nimmt die Vielfalt im Klassenzimmer zu: Kinder mit verschiedenen Muttersprachen, aus unterschiedlichen Kulturen, mit Diagnosen wie ADHS oder Autismus. Das neue Schulgesetz setzt hier keine Impulse.

Förder- und Spezialklassen

Die Aargauer Regierung hingegen schon: Sie definiert die integrative Schule neu. Kinder mit «besonderen Bedürfnissen» sollen zwar im gleichen Schulhaus wie alle anderen unterrichtet werden, aber nicht zwingend in derselben Klasse. Im Aargau heissen Kleinklassen neu

«Förderklassen». Zusätzlich sollen Spezialklassen dafür sorgen, dass weniger Kinder in Sonderschulen müssen. Noch weiter geht die FDP, die den heilpädagogischen Unterricht ganz aus dem Klassenzimmer verbannen will.

Integration statt Stigmatisierung

Die SP kämpft nicht gegen Förderklassen als ergänzende Massnahme, sondern gegen den Rückschritt, den die Abschaffung der integrativen Schulung bedeuten würde. Denn wenn Kinder getrennt werden, verlieren viele von ihnen mehr als nur den Anschluss im Unterricht: Sie verlieren Motivation, Selbstvertrauen

und oft auch ihre Perspektiven. Besonders betroffen sind Kinder aus fremdsprachigen oder einkommensschwachen Familien – und das nicht nur wegen ihrer schulischen Leistungen! Darum fordern wir: Der Weg zurück in die Regelklasse muss jederzeit offenstehen, und zwar einfach, schnell und ohne Hürden. Bildung muss durchlässig sein und Aufstiege ermöglichen, damit wir auch morgen noch Talente haben, die das Erfolgsmodell Schweiz voranbringen.

Offene Fragen

Viele Fragen bleiben offen: Wer gehört in Förderklassen? Wie sollen sie finanziert werden? Woher kommen die benötigten Lehrpersonen und Heilpädagog:innen? Und wo sind die passenden Räume? Klar ist: Die Mehrheit im Grossen Rat setzt auf Separation statt Integration – und gleichzeitig auf Sparmassnahmen. Sonderschulen bleiben überlastet, Spezialklassen sind nur eine kurzfristige Lösung. Langfristig muss es der Politik gelingen, dass alle Kinder im Aargau von guter Bildung profitieren – nicht nur jene, die keine Mühe machen.

«Bildung muss durchlässig sein und Aufstiege ermöglichen.»



Erfolge feiern, Rückschläge ernst nehmen – gemeinsam weiterkämpfen

Von links: Luzia Capanni, Beatrice Taubert, Carole Binder-Meury und Claudia Rohrer

Die Aargauer Gemeindewahlen vom 28. September 2025 haben gezeigt: Die SP kann bewegen – mit engagierten Menschen, glaubwürdiger Politik und klaren Zielen. Wir feiern Erfolge, verarbeiten Rückschläge und kämpfen weiter für eine soziale und gerechte Politik in allen Gemeinden.

Selena Rhinisperger und Esther Schmidt, Co-Geschäftsführung SP Aargau

In zahlreichen Gemeinden erzielten unsere Kandidierenden beachtliche Resultate. 40 Gemeinderät:innen der SP wurden neu- oder wiedergewählt. Besonders erfreulich: Claudia Rohrer wurde mit grosser Mehrheit zur ersten Stadtpräsidentin von Rheinfelden gewählt – ein historischer Meilenstein für Gleichstellung und progressive Politik. In Oftringen errang Markus Steiner das Amt des Gemeindeammanns. In Aarau konnte Gabriela Suter den Sitz der zurückgetretenen Franziska Graf-Bruppacher verteidigen, und Silvia Dell'Aquila wurde als Stadträtin bestätigt. In Windisch schaffte Luzia Capanni den Einzug in den Stadtrat auf Anhieb – und hat gute Aussichten, im 2. Wahlgang auch als Gemeindepräsidentin gewählt zu werden.

Auch andernorts durften wir starke Ergebnisse feiern: In Küttigen, Niederrohrdorf, Bremgarten, Niederlenz und Kaisten stellt die SP neu das Vizepräsidium. Neue

SP-Gemeinderatsmitglieder stellen wir nun auch in Ennetbaden (Corinna Hauri, zugleich zur Frau Vizeammann gewählt), in Stetten (Franziska Schmider-Schmid), in Strengelbach (Jürg Kalberer) und in Koblenz (Thomas Hüllein). In vielen weiteren Gemeinden wurden SP-Gemeinderät:innen souverän wiedergewählt. Diese Erfolge zeigen: Wo wir gut verankert sind, wo wir Themen setzen und präsent sind, da überzeugen wir. Und da wollen wir anknüpfen.

Gleichzeitig mussten wir auch Verluste hinnehmen. In mehreren Gemeinden verloren wir Sitze oder konnten Mandate nicht verteidigen. Besonders schmerzhaft war die Abwahl verdienter SP-Politiker:innen in Suhr, Wohlen, Gontenschwil und Menziken.

Starke SP in den Einwohnerräten

Erfreulich ist auch die Entwicklung bei den Einwohnerräten: In Baden und Wettingen

konnten wir je einen Sitz dazugewinnen – in Zofingen sogar zwei. Das zeigt: Unsere konsequente Politik für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe findet Rückhalt. In Obersiggenthal mussten wir hingegen einen Sitz an die Grünen abgeben, der vor vier Jahren an uns gefallen war – die Grünen sind dort nun wieder angetreten und haben den Sitz zurückgewonnen.

Wichtiger Termin: Die nächsten Wahlen am 30. November 2025

Der Wahlzyklus ist noch nicht vorbei: In Buchs, Windisch, Brugg, Lenzburg, Aarau und Wohlen finden die Legislativwahlen am 30. November statt. Ebenfalls finden in Brugg die Exekutivwahlen statt, wo Alexandra Dahinden für die SP antritt. In Aarau versucht Daniel Fondado, den 3. SP-Sitz im Stadtrat zu holen. Diese zweite Wahlrunde ist für uns entscheidend – wir rufen alle Mitglieder und Sympathisant:innen dazu auf, sich nochmals mit vollem Einsatz einzubringen. Denn jeder Sitz zählt – für eine solidarische, ökologische und gerechte Zukunft in unseren Gemeinden.

Wir wehren uns gegen weitere Kürzungen in der Sozialhilfe

Der Grosse Rat hat die Initiative «Arbeit muss sich lohnen» der Jungen SVP knapp zur Annahme empfohlen – ein Entscheid, der das zunehmend unsolidarische politische Klima im Kanton widerspiegelt. Die Initiative steht exemplarisch für eine Politik, die auf pauschale Verdächtigungen setzt statt auf individuelle Unterstützung und nachhaltige Integration.



Selena Rhinisperger,
Grossrätin und
Co-Geschäftsführerin
SP Aargau, Baden

Die Initiative fordert, dass der Grundbedarf in der Sozialhilfe nach zwei Jahren ununterbrochenem Leistungsbezug pauschal um mindestens 5 Prozent gekürzt wird – mit acht definierten Ausnahmefällen. Was auf den ersten Blick nach einem neuen Instrument klingt, ist in Wahrheit Symbolpolitik: Denn bereits heute können Sozialdienste Kürzungen von bis zu 30 Prozent vornehmen, wenn sich Betroffene nicht an Auflagen halten. Die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten sind ausreichend und wirken, wie die sinkende Sozialhilfequote und rückläufigen Fallzahlen belegen.

Doch die Initiative geht weiter – und gefährdet die soziale Stabilität im Kanton. Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, befinden sich oft in schwierigen Lebenslagen. Viele sind ausgesteuert, warten auf einen IV-Entscheid oder kämpfen mit gesundheitlichen und familiären

Herausforderungen. Pauschale Kürzungen erzeugen zusätzliche Existenzängste, die den Weg zurück in den Arbeitsmarkt erschweren statt erleichtern. Wer sich beruflich weiterentwickeln will, braucht Sicherheit – nicht Druck.

Arbeit lohnt sich bereits heute

Die Sozialhilfe sichert lediglich das Existenzminimum. Wer arbeitet, hat ein höheres Einkommen, Zugang zu beruflicher Entwicklung und soziale Anerkennung. Der Anreiz zur Erwerbsarbeit ist also längst gegeben – die Initiative suggeriert ein Problem, das so nicht existiert.

Mehr Bürokratie, höhere Kosten

Auch finanziell ist die Vorlage ein Irrweg. Die Prüfung der Ausnahmefälle bedeutet für die Gemeinden einen erheblichen Mehraufwand. Laut dem Verband der Aargauer Gemeindesozialdienste (VAGS) übersteigen die

Verwaltungskosten die möglichen Einsparungen deutlich. Statt effizienter zu werden, würde die Sozialhilfe teurer und bürokratischer.

Besonders betroffen: Familien mit Kindern und Alleinerziehende

Kinder und Jugendliche machen ein Drittel aller Sozialhilfebeziehenden aus. Auch wenn sie formal von Kürzungen ausgenommen sind, trifft es ihre Familien über die Eltern direkt. Die Initiative untergräbt die Schutzfunktion der Sozialhilfe und verletzt das Prinzip der Menschenwürde, wie es im Sozialhilfe- und Präventionsgesetz des Kantons Aargau verankert ist. Wir sagen am 8. März 2026 klar Nein zu dieser Initiative und kämpfen für eine gerechte, solidarische und integrationsfördernde Sozialpolitik, die Menschen stärkt, statt sie zu bestrafen.

**Spenden gegen pauschale
Sozialhilfekürzungen –
SP Aargau:**



**Parolen
der SP Aargau
Abstimmungen
vom 30. November**

Nein zur
Service-citoyen-Initiative

Ja zur Initiative
für eine Zukunft

Agenda

SP Kanton Aargau

11. November 2025
Neumitgliederanlass in Aarau

8. Januar 2026
«Bern direkt» – Wintersession, ein gemeinsamer Rückblick, in Brugg

10. Januar 2026
Dankes-Apéro für alle Wahlkampfengagierten in Aarau

24. Januar 2026
Parteitag SP AG in Aarau